

## Das Mackenroth-Theorem und die Finanzierung der Renten

Die Verfechter des Drei-Säulen-Modells (gesetzliche-, private-, betriebliche Rente) behaupten, eine Rückkehr zur umlagefinanzierten Rente mit Anhebung des Rentenniveaus auf den Stand von vor 1990 sei nicht finanzierbar. Die Belastung sei für die arbeitenden Generationen nicht tragbar. Es wird sogar behauptet, sie würde zu einer Ausbeutung der Jungen durch die Alten führen.

Das ist aus mindestens drei Gründen Unsinn:

1. Es ist grundsätzlich so, dass die arbeitenden Generationen immer für die **noch nicht** und die **nicht mehr** arbeitenden Generationen aufkommen müssen. In den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat diese Erkenntnis der Soziologe und Statistiker Gerhard Mackenroth so zusammengefasst:

*„Nun gilt der einfache und klare Satz, **daß aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muß.***

*Es gibt gar keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen Sinne, **es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand ...***

*Kapitalansammlungsverfahren und Umlageverfahren sind also der Sache nach gar nicht wesentlich verschieden. **Volkswirtschaftlich gibt es immer nur ein Umlageverfahren.**“ (Mackenroth-Theorem – 1952)*

Diese Erkenntnis ist bis heute in der Wissenschaft unbestritten.

Sie bedeutet, dass die Gesellschaft (das Volk) immer entscheiden muss, ob und in welchem Umfang sie Mittel für die Versorgung der Kinder und der Rentner aufbringen will.

Bei der Umlagefinanzierung der Rente ist der Zusammenhang unmittelbar erkennbar.

Bei der Finanzierung aus kapitalisierten Sparbeträgen wirkt es, jedoch schwieriger durchschaubar, genau so: Wenn das von den Versicherungen gehaltene Renten-Sparvermögen nicht von den jeweils Arbeitenden durch eigenes Sparen (Konsumverzicht, der den Konsum der „Privat“-Rentner ermöglicht) und entsprechenden Kreditaufnahmen für Investitionen, verzinst und werthaltig gehalten wird, dann verliert es an Wert. Die privaten Renten sinken.(\*)

Die Umlagefinanzierung kann durch klare Regeln (Gesetze) verlässlich und nachhaltig gestaltet werden. Die Renten aus Kapitalerträgen sind demgegenüber sehr unsicher, ja sie können auch vollständig entwertet werden durch Krisen, Kriege und Konzernzusammenbrüche.

2. Die Belastung der arbeitenden Generation ist bei privater, kapitalmarktabhängiger Vorsorge jetzt schon höher, als bei einer umlagefinanzierten Versicherung in entsprechender Höhe. Wer zahlt denn die Beiträge heute? Zusätzliche Versicherungsbeiträge von 4%, 6%, vielleicht bald 8% des Einkommens sind keine Belastung? Wieviel Tonnen Sand sind in die Augen der Bevölkerung gekippt worden, damit die absurde Behauptung, private Vorsorge entlaste die Jungen, so unwidersprochen blieb?
3. Die Erfahrungen von weit über 100 Jahren sagen: das umlagefinanzierte Versorgungsverfahren ist finanzierbar, krisenfest und schafft Zukunftssicherheit für alle Generationen.

Die Erfahrungen mit den Kapitaldeckungsverfahren ist im Gegensatz dazu geprägt von Total- und Beinahezusammenbrüchen. Zwei Weltkriege, zwei Währungsreformen, einige Finanzmarkt-Crashes haben die vorhandenen Kapitaltöpfe völlig entwertet. Eingesetzt wurde dann immer der Staatshaushalt, mit dem Hunger und die größte Not verhindert werden musste.

Seit einigen Jahren sind die Renditen der privaten Rentenversicherungen derart niedrig, dass bei Neuabschlüssen von Negativ-Sparen gesprochen werden muss. Solange die Austeritätspolitik der rigiden Ausgabenbegrenzung und Investitionszurückhaltung weiter betrieben wird, ist eine Änderung auch nicht zu erwarten.

Die angeführten drei Gründe zeigen, dass die Versorgung der Rentengeneration immer von den jeweils arbeitenden finanziert bzw. getragen werden müssen. Das ist seit Menschengedenken so. Die „Unfinanzierbarkeit“ ist reine Propaganda. Wenn die unsichere private Vorsorge als Allheilmittel gegen die Überlastung der Jungen dargestellt wird, ist das der Hohn. Es muss Jahrzehnte früher und mehr eingezahlt werden, um einem überaus unsicheren Rentenertrag entgegen zu sehen.

Hinter den Argumenten der „Ausbeutung der Jugend“ und der „Unfinanzierbarkeit“ des Umlageverfahrens steckt der handfeste Betrug an der Junged.

Für wen das Ganze dann betrieben wird? Auf den Kapitalkonten der Versicherungen in Deutschland liegen derzeit 850 Milliarden € aus Rentenversicherungsbeiträgen. Das liegt da nicht nur rum, es wird angelegt und wirft für die Versicherungskonzerne Milliarden-Profit ab. Jahr für Jahr – die zweifelhaften Ergebnisse der Anlageaktivitäten erreichen die Sparer aber erst in einigen Jahrzehnten.

(\* ) Zum besseren Verständnis ist die folgende Lektüre sehr zu empfehlen: [„Angela Merkel, Norbert Blüm und die Rente“](http://www.flassbeck-economics.de/angela-merkel-norbert-blum-und-die-rente/) von Heiner Flassbeck. Auch hier zu finden: <http://www.flassbeck-economics.de/angela-merkel-norbert-blum-und-die-rente/>, neu unter: [www.makroskop.de](http://www.makroskop.de)

# flussbeck-economics

Kritische Analysen und Kommentare zu Wirtschaft und Politik

## Angela Merkel, Norbert Blüm und die Rente

Heiner Flassbeck · Mittwoch den 10. Dezember 2014

Nun ist es 125 Jahre her, dass Deutschland mit einer wirklichen sozialen Neuerung der Mehrzahl der Menschen eine gewisse Sicherheit gab, im Alter nicht hungern oder betteln zu müssen. Aber, und das ist fatal, wir haben diese Neuerung bis heute nicht verstanden.

125 Jahre nach Einführung der allgemeinen Rentenversicherung rätseln wir immer noch, wie dieses System funktioniert. Man schaue sich nur [die heute-Sendung im ZDF](#) an, die aus Anlass dieser 125 Jahre produziert wurde. Die Jungen zahlen für die Alten, sagt der Moderator, sei das Prinzip von Bismarck gewesen, das funktioniere heute aber nicht mehr. Dann zeigt man die sinkende Kurve des Rentenniveaus (des Abstandes der durchschnittlichen Rente zum durchschnittlichen Einkommen), und schon hat man scheinbar bewiesen, dass die gesetzliche Rente nicht mehr funktioniert. Das bestätigen dann auch die O-Töne von jungen Menschen vor dem Reichstag, die sich von der gesetzlichen Rentenversicherung nichts versprechen.

Wer käme schon darauf, dass die fallende Kurve des Rentenniveaus nur der Tatsache geschuldet ist, dass die große Masse der Politiker das Problem noch immer nicht versteht und daher die gesetzliche Rente mit unsinnigen Dogmen wie der Begrenzung der Lohnnebenkosten auf 22 Prozent des Einkommens oder der angeblichen Demographiefestigkeit eines Kapitaldeckungsverfahrens demoliert haben?

Den jüngsten Beweis für fundamentales Unwissen lieferte [Angela Merkel, die beim Festakt zum 125jährigen Bestehen der gesetzlichen Rentenversicherung sagte](#), in den 50er Jahren hätte man das Umlageverfahren gebraucht, weil es ja keinen Kapitalstock gab, aus dem man die Rente habe bezahlen können, für ein Land mit demographischen Problemen brauche man aber Kapitaldeckung.

Das ist ein „geniales“ Argument und zeigt, wie hanebüchen schlecht die deutsche Bundeskanzlerin in ökonomischen Fragen informiert und beraten wird. Nehmen wir einmal an, in den fünfziger Jahren hätte es Ansprüche aus einem Kapitaldeckungsverfahren aus den Jahrzehnten vorher gegeben. Was hätten die Arbeitnehmer und die Politik dann gemacht? Nun, sie hätten entscheiden müssen, ob sie die Ansprüche anerkennen und bedienen und folglich die Rente zahlen, oder ob sie die Rentner betteln und hungern lassen.

Hätten sie die Rentner gemäß der angehäuften Ansprüche bezahlt (auch wenn es kein

physisches Kapital mehr gab, das diesen Ansprüchen entsprochen hätte), wäre es genauso gewesen wie beim Umlageverfahren: Die Arbeitenden hätten die Rente für die Rentner gezahlt. Genau so war es beim Untergang der DDR. Hätten die DDR Bürger Papiere besessen, auf denen ihnen eine Kapitaldeckung versprochen wird, hätte die westdeutsche Gesellschaft genauso wie ohne solche Papiere entscheiden müssen, ob sie den Rentnern, deren Kapitalstock weitgehend verschwunden war, eine vernünftige Rente zahlt oder nicht.

Nun kommt die demographische Entwicklung mit zunehmender Alterung der Gesellschaft und mit ihr - nach Angela Merkel sinnvollerweise - das Kapitaldeckungsverfahren. Aber auch in einer alternden Gesellschaft nützen in dreißig Jahren die Papiere nichts, die diejenigen in den Händen halten, die dann aus dem Arbeitsprozess ausscheiden. Wieder müssen die dann Arbeitenden entscheiden, ob sie wirklich die Zinsen bedienen, die auf den Papieren versprochen sind, oder ob sie die Rentner betteln und hungern lassen. Gäbe es nur ein Umlageverfahren bis dahin, wäre es wieder genauso: Die dann Arbeitenden zahlen die Rente, und wenn sie sie nicht zahlen, dann zahlt sie niemand.

„Zahlen“ heißt nämlich einfach „Güter erwirtschaften und den Anspruch an sie teilweise abtreten“. Wie die Ansprüche der Alten „verbrieft“ sind, nämlich in einem Umlageverfahren über die Zusage, dass die Jungen die Rentenansprüche der Alten bedienen, oder in einem Kapitaldeckungsverfahren über die Zusage, dass die Jungen Zins und Tilgung für die Wertpapiere der Alten bedienen, spielt für die Gültigkeit der Ansprüche keine große Rolle. Vielleicht sind die Störenfriede beider Systeme (also die Leute, die die Verteilungsergebnisse beider Systeme beeinflussen) in unterschiedlichen Lagern zu suchen: In die „Rendite“ des Umlageverfahrens und deren Verteilung wird gern von Politikern eingegriffen, die Rendite des Kapitaldeckungsverfahrens und deren Verteilung ist stärker den Finanzmarktakteuren ausgeliefert und der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung. Aber im Durchschnitt sind beide Systeme von demographischen Verschiebungen gleich betroffen, wie sie auch unter den Zerstörungen des Kapitalstocks (durch Krieg oder Naturkatastrophen) in gleicher Weise leiden. Aus einem nur noch kümmerlich vorhandenen Kapitalstock - das hätte gerade Angela Merkel wissen müssen - können auch in einem Umlageverfahren die Jungen die Alten nur minimal versorgen, weil sie selbst ja kaum noch etwas haben und erst wieder neu aufbauen müssen, was zerstört war. Nur ein großer Bruder kann da helfen.

Das heißt, die Papiere, die heute im sogenannten Kapitaldeckungsverfahren ausgestellt werden, garantieren nicht, dass es in dreißig Jahren einen physisch großen und wirtschaftlich effizienten Kapitalstock gibt. Gibt es ihn - aus welchen Gründen auch immer - nicht, gibt es auch keine Zinsen. Dann muss man die Rentner betteln und hungern lassen oder entscheiden, dass man ihnen eine Rente zahlt, obwohl sie niemals etwas (oder viel zu wenig) in die öffentliche Rentenkasse eingezahlt haben.

Allerdings, und das ist der fast immer übersehene kritische Punkt, verschlechtert ein Kapitaldeckungsverfahren die Aussichten, in Zukunft einen großen und effizienten Kapitalstock zu haben. Weil mehr heutiges Sparen (im Sinne einer größeren Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte) das Investieren behindert (wir haben das [hier](#) und an den dort verlinkten Stellen erklärt), führt eine

Kapitaldeckung genau dann, wenn sie im Sinne ihrer Erfinder funktioniert (was bei der Riester-Rente nicht gilt, weil die Sparquote der privaten Haushalte nicht gestiegen ist), zu geringeren Investitionen und damit zu einem geringeren Kapitalstock in der Zukunft.

Dieses Phänomen sehen wir ja gerade. Zu dem Zeitpunkt, als in Deutschland und anderen Ländern Kapitaldeckung eingeführt wurde, glaubte jeder (vor allem jeder Bank- und Versicherungsberater), die Zinsen auf private und öffentliche Anlagen würden dauerhaft weit über der (impliziten) Verzinsung des Umlageverfahrens liegen. Jetzt nähern sie sich Null und wenn sie - wie in Japan - noch zwanzig Jahre Null bleiben, dann gibt es keine Rendite auf angelegtes Geld, und ob man die absolute Summe des angelegten Geldes zurückerhält, ist obendrein eine ganz offene Frage. Denn wenn viele dann versuchen, ihre Papiere zugleich loszuschlagen, kann schnell ein Großteil des ursprünglichen Wertes verloren sein. Wieder müssen die Kinder von heute entscheiden, ob sie - unabhängig von irgendeinem Rentenverfahren - den Alten etwas von ihrem Einkommen abgeben oder nicht.

Die Frage, auf die es wirklich ankommt, ist die, ob unsere Kinder in der Lage sind, ohne zu großen eigenen Verzicht, unsere Rentenansprüche zu bedienen. Das aber hängt unter anderem davon ab, wie sich unsere heutigen Versuche, ein Rentensystem aufzubauen, auf die Fähigkeit der Volkswirtschaft niederschlagen, einen hohen physischen und effizienten Kapitalstock aufzubauen.

Das auch heute noch eine Bundeskanzlerin mit Argumenten von vorgestern die Bürger verwirrt, ist mehr als ärgerlich, es ist Ausweis der Unfähigkeit der uns Regierenden, sich so weit zu bilden, dass sie ihrer - zugegebener Weise komplexen - Aufgabe wirklich nachkommen können.

Was Norbert Blüm vor vielen Jahren sagte, gilt auch heute unverändert, auch wenn manche [sogenannten Journalisten nicht aufhören können, den Mann in ihrer Dummheit damit zu beleidigen](#). Die umlagefinanzierte Rente ist sicher. Sie ist so sicher, wie irgendetwas sicher sein kann in einer unsicheren Welt. Solange jedenfalls unsere Kinder in der Lage und bereit sind, die Arbeit, die ihre Eltern erbracht haben, zu honorieren, genauso lange ist die Rente sicher. Genauso hat Norbert Blüm das auch jetzt wieder gesagt, und nur die machen sich lächerlich, die ihn dafür schmähen.

Allerdings lässt sich selbst Norbert Blüm vom Namen der Systeme blenden. In einem [Interview mit der Saarbrücker Zeitung](#) sagte er: „Ich bevorzuge die Anbindung der sozialen Sicherheit an die Arbeit und nicht ans Kapital. Die Arbeit muss die höchste Wertschätzung in einer Gesellschaft haben und nicht das Kapital.“ Auch das ist nicht der richtige Zungenschlag, weil alle Systeme unverbrüchlich an Arbeit gebunden sind. Die Menge des vorhandenen Kapitals (nämlich des Kapitalstocks) entscheidet über die Produktivität der Arbeitenden und damit über deren Fähigkeit, reale Güter und damit reales Einkommen zu erwirtschaften, aus dem die Renten mit einem mehr oder weniger großen Anteil dieses Einkommens bezahlt werden können. Auch die Entlohnung des Kapitals kommt von nichts anderem als der Arbeit bzw. der Kombination der vorhandenen Arbeit mit dem vorhandenen Kapital.

P.S.: Wenn ich hier immer von „verstehen“ rede statt, wie manch einer sagen würde,

von „verstehen wollen“, dann tue ich das ganz bewusst. Bei kaum einer anderen Frage ist es so klar wie hier, dass es an mangelndem Verständnis liegt, wenn sich einfache Wirtschaftsinteressen wie bei der Riester-Rente ohne großen politischen Widerstand durchsetzen lassen. Auf beiden Seiten der Debatte werden die jeweils verteidigten Systeme nur rudimentär verstanden. Die Kapitaldeckungsanhänger argumentieren ohne groß nachzudenken mit dem geistigen Rüstzeug der schwäbischen Hausfrau und haben damit von vorneherein die Mehrheit der Bürger auf ihrer Seite. Die meisten Verteidiger des Umlagesystems aber haben sich auf alle möglichen Argumente gestützt, aber fast nie auf die einfache und klare Aussage, die da heißt: Die Volkswirtschaft kann nicht sparen!

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 10. Dezember 2014 um 04:10 in der Kategorie: [Allgemeine Politik](#), [Ökonomische Theorie](#), [Wirtschaftspolitik](#).  
Kommentare können über den [Kommentar \(RSS\) Feed](#) verfolgt werden.  
Kommentare und Pings sind momentan geschlossen.